

Hans-Georg Flickinger

Die politische Philosophie im Schatten der Säkularisierung



bautz
verlag

Die politische Philosophie im Schatten
der Säkularisierung

Hans-Georg Flickinger

Die politische Philosophie im Schatten
der Säkularisierung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

© Verlag Traugott Bautz GmbH
99734 Nordhausen 2023
ISBN 978-3-95948-598-2

*Für den
Freund und langjährigen Kollegen
Wolfdietrich Schmied-Kowarzik*

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|----|
| Vorwort | 8 |
| Einleitung | 10 |
| 1 Überlegungen zum Begriff <i>Säkularisierung</i> | 14 |
| Saeculum und Ewigkeit | 14 |
| Entmystifizierung der Zeit – eine Fehleinschätzung | 18 |
| Vorläufige Folgerungen | 23 |
| 2 Die Säkularisierungsfälle in den Humanwissenschaften | 24 |
| Säkularisierte Theologie | 24 |
| Säkularisierung der Gesellschaft | 28 |
| Psychologie: der Abgrund menschlicher Allmacht | 31 |
| 3 Das Erbe der Säkularisierung in der Politischen Philosophie | 33 |
| Das Prinzip des <i>Laizismus</i> im liberalen Verfassungsrecht | 35 |
| Das politische Problem der Souveränität | 40 |

| | |
|---|------------|
| Die Schatten der Säkularisierung: Volk, Demokratie | 49 |
| Die liberale Symbiose von Recht und Kapital | 57 |
| Ein dynamisches Konzept von Souveränität ? | 76 |
| 4 Zur Dynamik der politischen Veränderungen | 81 |
| Strukturelle Faktoren | 81 |
| Neue politische Akteure | 85 |
| Neue Kooperationskonzepte | 93 |
| Auf den Spuren eines starken Begriffs von Demokratie | 97 |
| Die Reaktion der politischen Theorie | 103 |
| 5 Der <i>demokratische Rechtsstaat</i> - eine Innovation? | 108 |
| Die Neubewertung der Grundrechte | 109 |
| Die verfassungsrechtliche Stellung des Ministério Público (MP) in Brasilien | 113 |
| 6 Eine Funktionsänderung der politischen Begriffe | 117 |
| Zur Teleologie der politischen Grundbegriffe | 118 |
| Die Teleologie des politischen Dispositivs | 123 |
| Epilog | 127 |
| Bibliographie | 129 |

Vorwort

In die hier vorgelegte Arbeit fließen verschiedene Themen ein, die mich im Laufe der vergangenen vier Jahrzehnte im Feld der Politischen Philosophie beschäftigten. Ich versuchte zu entdecken, was sich hinter den normativen Theorien und den gesellschafts-politischen Phänomenen verbirgt. Dabei fiel mir der wachsende Abgrund zwischen Theorie und Wirklichkeit auf. Die Vermutung lag nahe, dass die Weise, wie die zentralen politischen Begriffe benutzt werden, der dynamischen Entwicklung, welche die moderne Gesellschaft auszeichnet, nicht mehr Rechnung trägt. Das provozierte den Verdacht, eine wesentliche Ursache dafür könne an der uneingeschränkten Verwendung säkularisierter Begriffe der Theologie in der heutigen Politischen Philosophie liegen.

Um das zu prüfen, müssen wir uns auf das politische System einlassen, das sich in den westlichen Staaten unter dem Prinzip der Liberalität herausbildete. Das liberale Rechtssystem konkretisiert das Prinzip, weil es die Grundlage der Verfassungen bildet und im Namen der Freiheit die umfassende Verrechtlichung des sozialen und politischen Lebens vorantreibt.

Deutschland und Brasilien dienen mir als Beispiele, an denen man die Problematik der benutzten politisch-philosophischen Begrifflichkeit besonders deutlich zeigen kann. Auf die wachsende Distanz zwischen deren liberaler Verfassung und gesellschaftlicher Realität reagieren beide Länder auf unterschiedliche Weise. Die Kontrastierung beider ist deshalb lehrreich.

Die Auswahl der beiden Länder ist keine zufällige. Ich konnte mich nicht nur mit den deutschen Verhältnissen, sondern seit 1982 auch vor Ort intensiv mit den brasilianischen auseinandersetzen. Beide bieten wichtiges Material für die Diagnose heutiger liberaler Demokratien. Am Ende meiner Überlegungen werde ich einen Vorschlag machen, wie die politische Theorie und die gesellschafts-politische Realität wieder einander angenähert werden könnten.

Der vorliegende Text ist die für diese deutsche Ausgabe stark überarbeitete Fassung meines 2016 in Brasilien unter dem Titel *A Filosofia Política na Sombra da Secularização* erschienenen Buches.

Kassel/Porto Alegre 2023

EINLEITUNG

Die Politische Philosophie ist in der Krise. Diese Diagnose ist nicht neu, sondern wird von verschiedenen Autoren geteilt, aber mit unterschiedlichen Argumenten begründet. Raymond Geuss (2008) stützt seine Kritik auf die Beobachtung, die gegenwärtige politische Philosophie bevorzuge ethisch-normative Modelle und vernachlässige dabei die Analyse der Realität einer globalisierten Welt, verliere sie letztlich aus den Augen. C. Colliot-Thélène (2011) versucht, die auf die Tradition subjektiver Rechte eingeschworene Idee von Demokratie durch ein neues Verständnis des Begriffs der Subjektivität zu retten. Und das bekannte Urteil des deutschen Verfassungsgerichts zu dem Vertrag von Lissabon (2006) entfachte die Kritik an der Tendenz des Gerichts, auf die für unzeitgemäß gehaltene Begrifflichkeit des traditionellen Nationalstaates zurückzugreifen. Es wäre leicht, weitere Beispiele für diese Situation zu nennen.

Ich teile den Vorwurf des mangelnden Realitätsbezuges der zeitgenössischen Politischen Philosophie, glaube aber, der Vorwurf lasse sich erst rechtfertigen, wenn man den objektiven Gehalt der Begriffe prüft, mit denen die gegenwärtige Gesellschafts- und Verfassungsordnung verstanden werden will. Es gibt offenbar ein Missverhältnis zwischen dem normativen Geltungsanspruch ihrer Schlüsselbegriffe und der dynamischen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Die an die europäische Tradition des Nationalstaats anknüpfenden Begriffe – Niklas Luhmann spricht von „alteuropäischen Begriffen“ – erfassen kaum die wichtigsten politischen Veränderungen, die in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachten sind. Es ist nicht nur die Dynamik des mit dem Begriff *Globalisierung* bezeichneten Prozesses, die den Gebrauch zentraler politischer Begriffe wie *Souveränität*, *Nation*, *Volk* oder *Demokratie* problematisiert und deren Neuinterpretation fordert. Darüber hinaus gibt es in den Ländern, die als liberale gelten, auch eine wachsende Zahl neuer politischer Akteure, mit denen zu rechnen ist. Dabei handelt es sich um in der Zivilgesellschaft entstehende diverse Nichtregierungsorganisationen (NGO's), kulturelle und

soziale Bewegungen, aber auch um in der staatlichen Organisation rechtlich verankerte Institutionen wie Beiräte, Bürgerforen oder sozialpolitische Agenturen. Gemeinsam ist ihnen, neben ihren Forderungen nach einer Neuordnung der Beziehung des Staates zur Zivilgesellschaft, auch die nach einer neuen Kultur politischer Partizipation.

Angesichts dieses Szenariums verlieren traditionelle politische Begriffe an Eindeutigkeit. Man spricht scheinbar dieselbe Sprache, ohne jedoch den jeweils gemeinten Sinn zu teilen und hinsichtlich der Funktion der Begriffe eine einheitliche Auffassung zu bilden. In der Gegenwart bezieht sich das liberalstaatliche Konzept auf eine Wirklichkeit, die mit den früher als selbstverständlich betrachteten Vorstellungen kaum erfasst wird. Erinnerung sei nur an das Entstehen und Verfestigen der liberalen Verfassungen mit ihrer Verpflichtung auf die Ideen der Aufklärung, unter denen die Anerkennung der individuellen Freiheit als Aufgabe staatlicher Politik herausragt. Der ehemals eindeutig scheinende rechtliche Status der Individuen in der Beziehung zur Macht der staatlichen Institutionen, sowie die klare Trennung der Sphären des Staates und der Zivilgesellschaft erfahren deutliche Korrekturen.

Um zu verstehen, was in der aktuellen Politischen Theorie nach der Überwindung der mittelalterlichen Ständeordnung und der Wendung zur Moderne auf dem Spiel steht, hilft es, kurz auf die historischen Wurzeln der politischen Begriffe zurückzublicken und ihre originäre Funktion und Bedeutung zu klären.

Der Übergang von der mittelalterlichen zu modernen Ideen der politischen Ordnung ist als *Säkularisierung* bekannt. Von dem in den Augen einiger Autoren noch nicht beendeten Prozess gingen radikale Veränderungen aus, die bei der Erarbeitung der liberalen Verfassungen westlicher Gesellschaften wichtig werden sollten. So unterstellte das Ordnungsdenken des Mittelalters die politischen Verfassungen den Vorstellungen der Theologie und Kirche in der Gewissheit, der menschliche Wille sei dem Gottes unterzuordnen. Entscheidend war, dass die Dogmen der katholischen Theologie der Politik den Rahmen der politischen Ordnung und den ethischen Maßstab für das individuelle und kollektive Leben vorzeichneten. Die Grundlage der Politik lag in der göttlichen Souveränität (im Mythos der ursprünglichen Schöpfung der Welt durch das Wort

Gottes) und in der Gewissheit der Allmacht einer transzendenten, dem gläubigen Volk unzugänglichen Instanz. In dem Maße, in dem seit Mitte des 14. Jahrhunderts das theologische Fundament der profanen Ordnung seine legitimierende Kraft verlor, wurde eine neue Grundlage für deren Legitimation nötig. Die Glaubwürdigkeit der theologischen Dogmen hatte einen schweren Schlag erlitten. Anlass dazu waren unter anderem das wachsende Vertrauen in die Überzeugungskraft menschlicher Vernunft; das Freiheitsbegehren des gerade entstehenden Bürgertums; die kopernikanische Wende in den Wissenschaften. Das machte es für die in der Zwangsjacke der theologischen Begrifflichkeit steckende Politische Philosophie schwieriger, die neue Realität zu begreifen.

Es handelte sich in Wahrheit um eine Herausforderung, welche die Politische Philosophie schon zu Beginn des Säkularisierungsprozesses zu manch unbeholfenen Reaktionen veranlasste. Bis vor kurzem noch reagierte die Mehrzahl ihrer Protagonisten mit einer gewissen Naivität auf das, was da geschah. Man übertrug und wendete die alten theologischen Begriffe wie *Souveränität, Glaube, Freiheit* u.a. auf die neuen Realitäten an. Was selbstverständlich zu Schwierigkeiten führte, weil Herkunft und ursprüngliche Funktion dieser Begriffe verdeckt oder übersehen wurden. Es kann deshalb nicht verwundern, dass das vorherige theologisch-normative Anliegen mit der neuen politisch-sozialen Entwicklung in Konflikt geriet. So konnte zum Beispiel Carl Schmitt in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts formulieren: „...das methodische Band der theologischen und politischen Bedingungen des Denkens“ sei unbestreitbar, „aber der theologische Appell verwirrt häufig die politischen Begriffe“, weil „Theologie und Rechtswissenschaft mit strukturell kompatiblen Begriffen arbeiten.“ (Schmitt, 1963, 64) Seine Diagnose legt den Finger auf die Wunde. Solange die heutige Politische Philosophie nicht die Notwendigkeit einsieht, die normative Funktion ihrer grundlegenden Begriffe zu überdenken und sie der neuen Realität anzupassen, oder, wenn nötig, sogar zu ersetzen, kann sie den tiefgreifenden Veränderungen, die von der Umsetzung der liberalen Ideen ausgelöst wurden, nicht gerecht werden.

Das Phänomen der Säkularisierung darf nicht als ein Einschnitt in der Geschichte westlicher Gesellschaften verstanden werden. Es